Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 1

Artikel: Zur Programmdiskussion : das Programm der SPD
Autor: Weisser, Gerhard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337015

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Programmdiskussion:

Das Programm der SPD

Von Prof. Dr. Gerhard Weißer, Köln (Mitglied der Programmkommission der SPD)

Es geht nicht nur um die Persönlichkeiten

Obwohl die SPD im letzten Wahlkampf ihren Stimmenanteil von 28,8 auf 31,8 Prozent gesteigert hat, sind auch die Sozialdemokraten darüber im klaren, daß sie ein erreichbares Ziel nicht erreicht haben. Demgemäß findet eine lebhafte Aussprache in der SPD darüber statt, was sie künftig besser machen sollte. Die Presse verfolgt diese Aussprache intensiv. Auch weite Kreise der Bürgerschaft nehmen Anteil, wovon übrigens der überraschend starke Zustrom neuer Mitglieder in die SPD jetzt *nach* der Wahl aus Kreisen der Intelligenz zeugt. Das Interesse vieler Kritiker konzentriert sich bei dieser Aussprache auf Personenfragen oder auf die grundsätzliche These, daß die SPD «mehr Persönlichkeiten herausstellen» sollte. Ich will mich hierzu nicht äußern, obwohl in diesen Gesprächen über Persönlichkeiten oft eine gewisse Unklarheit darüber spürbar wird, auf welche persönlichen Qualitäten es jeweils besonders ankommt. Kein Mensch hat auf allen Gebieten der Betätigung seiner Persönlichkeit Rekordwerte aufzuweisen. An Qualitäten sind ebensosehr diejenigen einer festgefügten Gesinnung wie diejenigen auf dem Gebiete spezieller fachlicher Begabung für die Betätigung auf politischem Gebiet zu beachten. Keines von beiden darf fehlen. Was aber jeweils am wichtigsten ist, muß sorgfältig abgewogen werden.

Das heutige Programm der Sozialdemokraten nicht marxgebunden, aber weiterhin geschichtsbezogen

Ich meine indessen, es komme überhaupt nicht in erster Linie auf Persönlichkeitsfragen und Probleme der Parteiorganisation an. Gewiß darf ihnen nicht ausgewichen werden. Schlechthin entscheidend ist auf längere Sicht aber die allgemeine geistige Linie; und hier liegt bei der SPD nach meinem Eindruck eine Unterlassung vor, die ihr geschadet hat. Sie hat viel zuwenig getan, um die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, *wie falsch es ist, wenn behauptet wird, daß die heutige Sozialdemokratie kein klares und eigenes geistiges Fundament habe.* Tatsächlich hat sie es, und zwar umfassender als andere Parteien und in den Grundlinien auch ihre eigenen älteren Programme, die von Marx geprägt waren. Marx, überwiegend historisch interessiert, hat kein umfassendes sozialwissenschaftliches Fundament für die Programmatik sozialer Bewegungen hinterlassen. Ein wesentlicher Mangel des von ihm und seinen Epigonen den Sozialisten gebotenen wissenschaftlichen Fundaments lag darin, daß nichts Systematisches für den «Werkzeug-

kasten» desjenigen Politikers geboten wurde, der Regierungsverantwortungen übernehmen will. Ebenso wenig hat Marx (wenngleich in seiner Jugend mehr als später) sich um die Verdeutlichung der sittlich-kulturellen Grundentscheidungen bemüht, von denen aus der Sozialist in unserer Zeit seine Programme aufbaut. Auch verfügte er noch nicht genug über die Grunderkenntnis aller heutiger Sozialwissenschaft, daß sämtliche Bereiche des sozialen Lebens in Wechselwirkung zueinander stehen. Dies führte bei ihm dazu, daß er seine Aussagen über die bewegenden Kräfte des Wirtschaftslebens verabsolutierte, so daß die von ihm beeinflußten sozialistischen Programme ein wirklichkeitsfremdes Übergewicht des rein Wirtschaftlichen zeigen. Schließlich litten seine wissenschaftlich gemeinten Voraussagen darunter, daß sie im Grunde genommen Prophetien waren. Sie wirkten wie eine Heilsbotschaft und erzeugten so einen unnatürlichen Gegensatz zwischen Sozialisten und Christen, obwohl doch immer wieder gerade gläubige Christen in der Geschichte sozialistische Wege gegangen sind. Damit hängt zusammen, daß die von Marx beeinflußten Programme viel zuwenig über die pädagogische Seite der Gestaltung des sozialen Lebens enthalten.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich im Laufe dieses Jahrhunderts geistig neuorientiert und alle diese Mängel mit zunehmender Folgerichtigkeit überwunden. Sie hat jedoch keineswegs die großartige Leistung jenes genialen Sozialisten preisgegeben, die in der Überwindung jenes merkwürdigen Mangels an Geschichtsbezogenheit des politischen Denkens seiner Zeit bestand. Dieses Festhalten an der Geschichtsbezogenheit zeichnet demgemäß auch die heutige SPD in ihrer Auseinandersetzung mit dem alten und dem neuen Liberalismus aus. Die Neuliberalen haben zwar eingesehen, daß die «Marktwirtschaft» nicht die sogenannte «natürliche Wirtschaft», sondern ein überaus empfindliches Kunstprodukt der Gesellschaft ist, das durch unablässige politische Kontrolle vor der Entartung zu einem System privater Macht bewahrt werden muß und außerdem nicht entfernt so sehr als «Automat» zu wirken vermag, wie das die alte Wirtschaftstheorie annahm. Aber die Liberalen einschließlich der meisten Neuliberalen zeigen in der Richtung ihres Kampfes und vor allem in der Wahl ihrer Bundesgenossen, wie sehr es ihnen an Sinn für die Realitäten der sozialgeschichtlichen Entwicklung fehlt, in der der Staat im Gegensatz zu der irrtümlichen Meinung vieler Liberaler keineswegs der gefährlichste Feind der Freiheit ist.

Die heutigen wissenschaftlichen Grundlagen des politischen Wollens der SPD

Das heutige geistige Fundament der SPD ergibt sich aus den Dokumenten der Partei seit ihrer Wiedergründung und aus Abhandlungen einer Reihe von sozialistischen Forschern. Es handelt sich zunächst um Aussagen über eine auf unser Jahrhundert bezogene Zeitanalyse, die der völlig neuartigen

weltgeschichtlichen Situation unseres Jahrhunderts gerecht wird. Sie kommt in der Präambel des Berliner Programms, und zwar vor allem in dem Stichwort von den «neuen Abhängigkeiten» zum Ausdruck, die sich aus der «Organisation und Technisierung aller Lebensbereiche» ergeben.

Hiermit hängt zusammen, daß die wissenschaftlichen Arbeiten der sozialistischen Forscher nahezu ausnahmslos die Klassenkampftheorie für nicht mehr fruchtbar genug zur Deutung der Kräfte des heutigen sozialen Lebens halten. Das Problem der sozialen Abhängigkeiten muß heute radikaler angepackt werden. Jene «neuen Abhängigkeiten» können auch eine klassenlose Gesellschaft überaus bösartig machen. Das Unheimliche unserer Zeit liegt nicht am stärksten darin, daß der Mensch immer mehr lernt, die außermenschliche Natur zu beherrschen. Die Gefahren für die Freiheit liegen weit stärker in dem Umstand, daß die Menschen die Kunst, ihresgleichen zu unterwerfen, indem sie die Menschen seelisch überwältigen, in bisher ungeahntem Maße zur Wissenschaft gesteigert haben. So droht unberechenbar die neuartige Gefahr, daß dämonische Tyrannen und tyrannische Gruppen *der Geschichte schlechthin* den Weg ins Verderben aufzwingen. Der alte Gegensatz zwischen materialistischer und idealistischer Geschichtsauffassung beginnt an Interesse zu verlieren. Die Industriegesellschaft selbst entwickelt in sich ein Element des *Zufalls*. Sie bietet dem Zufall Chancen, indem sie *machbar* wird.

Die Partei bemüht sich in ihren unablässig tätigen wissenschaftlichen Gremien auch um die *Verdeutlichung der gesinnungsmäßigen Grundentscheidungen*, von denen der Sozialist ausgeht. Manche Marxisten meinen deshalb, daß sich in ihr eine sogenannte «ethische Schule» durchgesetzt habe. Davon ist keine Rede, wenn man damit den Rückfall in ein geschichtsloses Denken meint, das mit dem bloßen Bekenntnis zu hohen Werten auszukommen glaubt. Es handelt sich vielmehr um die Einsicht in die Tatsache, daß wir heutigen Menschen nicht sowohl auf dem Gebiet des Spezialistenwissens als vielmehr bei den Grundentscheidungen der Gesinnung ins Schwimmen geraten sind. Hierzu haben neben allgemeinen gesellschaftlichen Wandlungen die logisch längst überwundenen primitiven Nützlichkeitsphilosophien der Epoche des Liberalismus viel beigetragen, die ja nicht ohne Einfluß auf die Meinungsbildung der Sozialisten jener Zeit geblieben sind und selbst heute noch auf Sozialisten wirken. Die demokratischen Sozialisten haben vor allem eine besonders dringliche gesinnungsmäßige Grundentscheidung in voller Klarheit getroffen. Sie bekennen sich eindeutig und opferbereit zu ihr. Es ist die ihr Leben in innerer Freiheit selbstverantwortlich bestimmende Persönlichkeit als Leitbild der Gestaltung des sozialen Lebens. Dies hat zu der Einsicht geführt, daß den freiheitlichen Sozialisten des Westens nicht nur Fragen des Weges, sondern eine tiefe Gegensätzlichkeit der sittlich-kulturellen Grundentscheidungen vom Kommunismus trennt.

Solche Gegensätzlichkeit trennt ihn ebenso aber auch von freiheitsfeindlichen Kräften des Westens, wie sie hauptsächlich im außerstaatlichen Raum unseres sozialen Lebens immer bedrohlicher hervortreten.

Freiheitliche Sozialpädagogik

Dies hat denn auch zu entscheidenden Klärungen in bezug auf die Sozialpädagogik und auf den politischen Werkzeugkasten geführt. In der ersten Hinsicht wird es stets denkwürdig bleiben, was große sozialistische Erziehungsreformer in der Zeit des Weimarer Regimes im Dienste des Leitbildes der innerlich freien Persönlichkeit geschaffen haben. Dieser Wille zu einer *freiheitlichen Jugenderziehung* ist auch heute Grundlinie des sozialistischen Erziehungsprogramms.

Am Freiheitsideal orientierte Wahl der politischen Werkzeuge

Unter den Beständen des politischen Werkzeugkastens ist der Öffentlichkeit am meisten bekannt die prinzipielle Hinwendung zu der Wirtschaftsordnung der *wettbewerblichen Marktwirtschaft,* dort, wo sie noch anwendbar ist. Diese Preisgabe älterer ordnungspolitischer Leitbilder der Sozialdemokraten vollzog sich freilich nicht etwa einfach im Sinne der liberalistischen Meinung, daß diese Ordnung das größte Sozialprodukt liefere. In diesen Tagen, in denen der erste Satellit um die Erde fliegt, wird es uns ja erneut bewußt, daß die andere Wirtschaftsordnung, die Zentralverwaltungswirtschaft, vielleicht nicht weniger an Sozialprodukt zu liefern vermag. Das ist aber nicht das Entscheidende. Der freiheitliche Sozialist, das heißt der Sozialdemokrat, hat sich für das heutige Bestmaß an wettbewerblicher Marktwirtschaft aus einem anderen Grunde entschieden. Er ergibt sich aus dem Mehr an personeller Freiheit (Autonomie) bei dieser Wirtschaftsform. Demgemäß setzt sich die SPD auch für eine prinzipiell freie Wahl der Unternehmenstypen und einen möglichst großen *Reichtum der Wirtschaftsgesellschaft an verschiedenen Unternehmenstypen* ein.

In diesem Zusammenhang hat sie auch ihre Stellung zum personellen Eigentum geklärt. Um der Freiheit willen hat sie im Berliner Programm gefordert, daß die «*Eigentumsbildung* bei den bisher Vermögenslosen» wesentlich gefördert wird. Die schwierigen Fragen, die sich hier ergeben, bearbeitet sie seit längerem intensiv; und zwar entschlossener als viele Gewerkschaftspolitiker, die zwar das Ziel bejahen, aber verständlicherweise in erster Linie die mit dem Eigentum verbundenen Risiken sehen. Mit den Gewerkschaftlern und vielen Wirtschaftsforschern lehnen die meisten Eigentumspolitiker der SPD, konsequent in der Freiheitlichkeit ihrer Grundlinie, Formen der Eigentumsbildung ab, die die Freizügigkeit von Arbeit und Kapital beeinträchtigen.

Wenn das Berliner Programm zugleich *Gemeineigentum an den Grund-*

stoffindustrien fordert, so geschieht dies im Dienste der Freiheit und nicht aus Eigentumsfeindlichkeit. Diese Sozialisierungsforderung wird überhaupt in Kreisen der SPD mehr und mehr als *in erster Linie verfassungspolitische* und erst in zweiter Linie wirtschaftspolitische *Forderung* angesehen. Rein wirtschaftspolitisch würden für die Grundstoffindustrien moderne Ordnungsformen genügen, die zu keinem Eingriff in das Eigentum nötigen. Der ganze Westen kennt sie als Public-Utilities-Gesetzgebungen. Entscheidend ist der Umstand, daß sich an dieser Stelle des sozialen Lebens schwer faßbare und anonyme außerstaatliche Mächte gebildet haben, von denen überaus gefährliche Bedrohungen der Freiheit ausgehen. Diese Mächte fühlen sich stark genug, dem Staat wie gleichberechtigt Fordernde gegenüber zu treten, ohne daß die von ihnen stark beeinflußte öffentliche Meinung dem Staat ausreichend zu Hilfe kommt. Die Grundlage sind die Eigentumsverhältnisse, und auch das Verhalten der Spitzenmanager dieser Wirtschaftszweige muß sich weitgehend in dieses Gefüge anonymer Macht einpassen. Die wirklich unabhängige Unternehmerpersönlichkeit gibt es denn auch dort kaum noch. Zurück zu ihr führt heute in diesen Wirtschaftszweig kein Weg. Es kommt nur eine Verfassung dieses Teils des sozialen Lebens in Betracht, bei der sich zum Schutz der Freiheitlichkeit des sozialen Lebens dort ein anderes Ethos entwickelt, indem die unvermeidliche Bindung zu einer auch innerlich bejahten Bindung an das Gemeinwohl wird. Eine solche Aufgabe ist an dieser Stelle des sozialen Lebens (nicht überall!) nur durch Änderung der Eigentumsverhältnisse erreichbar. Die SPD fordert sie und erhebt damit nicht eine wirtschaftspolitische, sondern eine verfassungspolitische Forderung, zu der sie ihre *Freiheitsliebe* verpflichtet. Sie kämpft für die Freiheit überall, wo sie bedroht wird, und also auch gegen Willkürherrschaft außerstaatlicher Mächte. Nur sie tut es mit Entschiedenheit. Nicht der Liberale, sondern sie ist heute die kampfbereite Hüterin der Freiheit. Die Liberalen kämpfen an Nebenfronten, weil sie noch immer glauben, daß nur der Staat die Freiheit der Bürger untergraben könne oder er doch der Hauptsünder sei und sich unter geschichtlichen Umständen wie heute bei ihm der erste Sündenfall vollziehe. Umgekehrt ist er, als Rechtsstaat der geborene Bürge der Freiheit, diejenige soziale Einrichtung, die heute von Unterjochung bedroht wird. Daß die Liberalen und liberal orientierte Gelehrte ihre Kritik ganz überwiegend gegen die zunehmende Staatstätigkeit und das Verhalten bürokratischer Staatsdiener richten, wird von freiheitsfeindlichen außerstaatlichen Mächten geschäftig und raffiniert nur dazu benützt, jene natürliche Autorität zu untergraben, die dem Staat als Schützer bedrohter Rechte und Freiheiten zukommt. Unter solchen Umständen ist es dort, wo der Sozialdemokrat mit Liberalen zusammenarbeitet, seine Aufgabe, den Liberalen auf das Feld der Hauptkämpfe um die Freiheit zu führen und ihn dafür mit seinem klareren Einblick in die wirklichen Verhältnisse des Indu-

striezeitalters besser zu wappnen. Dann wird es möglich sein, sich auch gegenüber echtem Überwuchern von Staatstätigkeit, Perfektionismus, Organisitis und personellen Übermut von Bürokraten zu gemeinsamen Maßnahmen zusammenzufinden. So klägliche Kartellgesetze, wie das mühselig vor der Wahl unter Dach und Fach gebrachte, sind dafür keine geeignete Basis.

Soziale Sicherung als Bedingung der Freiheit

Wenn die SPD soziale Sicherung fordert, so verläßt sie damit nicht den Boden ihrer Freiheitlichkeit. Die Gesellschaft, auf eine hohe Stufe der Industrialisierung gelangt und rasch an Kopfzahl zunehmend, darf heute immer weniger Beziehungen zwischen den Menschen spontanen Kräften überlassen. Geschichtliche Realitäten nötigen die Gesellschaft zu Organisation, sofern sie nicht verarmen oder gar in Chaos versinken will. Wohl gibt es Kräfte, die ein freiheitsfeindliches Übermaß an Organisation erstreben. Sie gibt es in allen Lagern, und sie müssen bekämpft werden. Aber unabhängig davon muß erkannt werden, daß das Streben nach sozialer Sicherheit nicht schwächlichen Mangel an Wagnisbereitschaft bedeutet, sondern sich zwingend aus einem neuen geschichtlichen Umstand ergibt. Die heutige Menschheit bildet ein Team, bei dem sich das Schicksal des einzelnen entscheidend durch das Handeln der Gruppe — hier der Gesamtheit — bestimmt. Wer möchte ernstlich behaupten, daß die heute zu sichernden Menschengruppen mit mehr Fleiß und Wagemut auch aus eigener Kraft ihre Probleme meistern könnten! Gegenüber der großenteils neuartigen sozialgeschichtlichen Tatsache der Gesellschaft als übergewichtige Formerin des Einzelschicksals ist die (übrigens in *allen* Schichten zu beobachtende) verminderte Wagnisbereitschaft des heutigen Menschen eine zweitrangige Tatsache. Ganze Schulen von Juristen und Politologen sind darüber keineswegs im klaren. Soziale Sicherung ist heute nicht sowohl Schranke als vielmehr Bedingung der Freiheit. Zwar hat derjenige, der sie fordert, die Beweislast, und diese Last wiegt nicht leicht. Aber es steht fest, daß sich große Gruppen der Gesellschaft ohne jene Sicherung durch rechtlich geschützte Ansprüche an die für ihr Schicksal mehr denn je verantwortliche Gesellschaft dem Ideal der innerlich freien, Werte erkennenden und pflegenden Persönlichkeit nicht annähern könnten. Daß zugleich von dieser Grundlage aus pädagogisch und politisch die Kräfte individueller und gemeinsamer *Selbsthilfe* gefördert werden sollen, wird von den heutigen Sozialdemokraten nicht nur anerkannt, sondern von sehr vielen Sozialdemokraten auch beim Handeln beachtet.

Welchen Sinn soll unter solchen Umständen eine Kampfweise von Gegnern der Sozialisten haben, die meinen, der Kampf ginge gegen den «Wohlfahrtsstaat» als eine Einrichtung, die dem Bürger auch zumutbare Risiken abnehme? Dies ist es nicht, was die Sozialdemokraten wollen.

Keine nur formale Demokratie

Der Gegenwart zugewendet, hat die SPD nach dem Kriege unter Inanspruchnahme der neuesten Ergebnisse der Politikwissenschaft, wie wir sahen, wesentlich festere Fundamente auch auf dem Gebiet der *Verfassungspolitik* erarbeitet. Dabei handelt es sich nicht um die heute schon zur Selbstverständlichkeit gewordene Einsicht, daß eine Demokratie, bei der sich der Wählerwille nur sehr indirekt auf dem Wege über höchst spezialisierte Parlamentarier geltend machen kann, nicht jenem naiven Leitbild der «Herrschaft durch das Volk für das Volk» entsprechen kann. Dieses Problem wird von allen aufrichtigen Demokraten und natürlich auch von den Sozialdemokraten gesehen und bearbeitet. Das Wesentliche ist die seit Lassalle und Marx über eine feste Tradition bei den Sozialisten verfügende Erkenntnis, daß die tatsächliche Verfassung eines Landes nicht notwendig in den papiernen Dokumenten über die Grundlagen der Staatsordnung zum Ausdruck kommt. Der Verfassungspolitiker muß wissen, wer im Lande tatsächlich regiert. Diese Frage muß — mit Unterschieden des Grades — für alle Länder des Westens dahin beantwortet werden, daß in rasch zunehmendem Maße *außerstaatliche Kräfte* Macht gewinnen und *Willkürherrschaft ausüben.* Dies geschieht meist mit den feinen Mitteln der seelischen Überwältigung. Solange dies der Fall ist, vermag eine demokratische Verfassung nicht wirklich konsequent zu sein. Sie bleibt insoweit «formal». Es ist zwar nicht so, daß die heutige SPD daraus die Konsequenz einer auf Zeit gedachten «Diktatur des Proletariats» ziehe. Im Gegenteil: sie hat sich um der Freiheit willen mit Entschiedenheit für die westlichen Formen der Demokratie entschieden, obwohl sie besser als andere politische Kräfte jenen prinzipiellen Mangel dieser westlichen Demokratien kennt. Aber sie ist sich im klaren darüber, daß hier das schwierigste verfassungspolitische Problem liegt, das mit Härte gelöst werden muß, wenn die Demokratie wirklich freiheitlich sein soll. *Sie will echte Demokratie ohne seelische Überwältigungen des Bürgers.* In diesem Zusammenhang und im Blick auf das ganze soziale Leben bekennt sich die SPD seit ihrer Wiedergründung zu der Parole «*Vielgestaltigkeit des sozialen Lebens*»; ein Leitbild, das mit ähnlichen Worten Kurt Schumacher schon auf dem ersten Parteitag in Hannover verkündet hat. Es bietet dem Bürger Raum für Entscheidungen und vermindert seine Abhängigkeit von der Gesellschaft, indem sie ihm Möglichkeiten der Auswahl läßt. Nicht durch Schablonen, sondern durch eine prinzipielle Förderung möglichst vieler verschiedener gesunder sozialer Kräfte sollen der Staat und die überzeugt demokratischen sozialen Gruppen Willkürherrschaft außerstaatlicher privater Mächte bekämpfen und beseitigen. Eine Volkserziehung, die den in einem guten Sinne «unbequemen Staatsbürger» zum Leitbild politischer Erziehung macht, soll die Vorbedingung dafür schaffen, daß diese Politik im Dienste der Freiheit auf Verständnis stößt und die erforderlichen Kämpfer findet.

Alle diese im Anschluß an den heutigen Stand der Sozialwissenschaften erarbeiteten Ergebnisse stehen im Zusammenhang mit dem unveräußerlichen traditionellen Bekenntnis der Sozialdemokraten zum Kampf gegen soziales Unrecht im eigenen Lande und in aller Welt, mit dem Willen zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit und dem Bemühen um kulturelle Reichhaltigkeit des Lebens auch des sogenannten kleinen Mannes. Dies alles ergibt zusammen ein klares geistiges Fundament für ein politisches Programm. Die Dokumente der Partei sowie das ausgedehnte Schrifttum zahlreicher Forscher lassen diese geistige Neuorientierung der SPD in unserem Jahrhundert, vor allem seit der Wiedergründung, deutlich erkennen. Die SPD weiß, daß auf sie heute in zunehmendem Maße gerade die geistig aufgeschlossenen, innerlich unabhängigen und nicht wertblinden Menschen aller Gruppen der Bevölkerung hören. Wenn sie unter solchen Umständen nicht alles tut, um dieses umfassende geistige Fundament ihres politischen Programms der Öffentlichkeit deutlich sichtbar zu machen, so unterläßt sie es, Anhänger und Wähler zu gewinnen, die sie im anderen Falle gewinnen würde.

Sozialdemokratie in zwiefacher Beleuchtung

von Bruno Kuster

Zwei Publikationen beschäftigen sich mit der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten. Bei der einen handelt es sich um die Dissertation von Benno Hardmeier («Geschichte der sozialdemokratischen Ideen in der Schweiz», herausgegeben vom Verlag P. G. Keller, Winterthur, 1957), bei der anderen um eine freisinnige Schrift von Kurt Müller («Schicksal einer Klassenpartei», herausgegeben vom Buchverlag der «NZZ», 1955).

Hardmeiers Dissertation, die der Sozialdemokratie freundlich gesinnt ist, bietet einen gewissenhaften, wohldokumentierten Überblick über die Zeitspanne von 1920 bis 1945, während Kurt Müller mit seiner Darstellung die Entwicklung von den Anfängen der schweizerischen Arbeiterbewegung bis ins Jahr 1955 erfaßt. Neben dieser äußerlichen Unterscheidung muß aber auch festgehalten werden, daß beide Arbeiten völlig verschiedenen Zwecken dienen. Auch wenn der besondere Charakter einer Dissertation eine eigentliche Parteinahme ausschließt, läßt Hardmeier seine innere Anteilnahme am Schicksal der Sozialdemokratie doch deutlich erkennen. Er mag mit seiner Arbeit unter anderem das Ziel verfolgt haben, in der Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, «daß die SPS nicht nur die Interessen der Arbeiter-